

4082/AB XX.GP

Die Abgeordneten Mag. Pollet - Kammerlander, Freundinnen und Freunde haben an mich unter der Nr. 4378/J vom 12. Mai 1998 eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Schaffung eines Neuen Transatlantischen Marktes (NTM) gerichtet, welche den folgenden Wortlaut hat:

1. Was ist die österreichische Position zur Errichtung eines "Neuen Transatlantischen Marktes"?
2. Wurde bereits der Startschuss für den Verhandlungsbeginn gegeben und werden die Verhandlungen beim EU - US - Gipfeltreffen in London im Mai beginnen?
3. Am 18./19. Mai wird die zweite WTO - Ministertagung in Genf stattfinden und 1999 sollen die WTO - Verhandlungen beginnen. Würden die Verhandlungen zum NTM parallel dazu laufen? Wenn ja, ergibt daraus kein Widerspruch? Würden nicht gemäss der Meistbegünstigungsklausel im GATT die Konzessionen der EU und USA auf alle WTO - Mitgliedstaaten ausgedehnt werden?

4. Sollen die Verhandlungen über das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) nach Scheitern auf OECD - Ebene auf WTO - Ebene gebracht oder im Zusammenhang mit dem NTM weitergeführt werden?
5. Ist es richtig, dass der EU - Vorschlag zur Errichtung eines NTM viele Elemente des MAI - Entwurfes auf OECD - Ebene (z.B. Schutz ausländischen Investoren und Streitbeilegungs - Mechanismus) enthält?
6. Ist es richtig, dass die EU die Landwirtschaft und den Medien - Bereich vom NTM her - ausnehmen will und die USA auf die Miteinbeziehung dieser Sektoren bestehen?
7. Die Europäische Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben, wonach eine EU - US - Freihandelszone zu einem Wirtschaftswachstum von mehr als 1 % jährlich führen würde. Gibt es Studien über die sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen des NTM bzw. wurden solche in Auftrag gegeben?
8. Wie soll verhindert werden, dass bei Errichtung einer EU - US - Freihandelszone nicht alle Bestimmungen über die Produktkennzeichnung (insbesondere von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln) zum Schutz der KonsumentInnen insgesamt unter die Räder kommen?
9. Würde der NTM nicht die Möglichkeiten der demokratisch gewählten Regierungen unterminieren, die Wirtschaft zum Schutz der Bevölkerung und Umwelt zu regulieren?
10. Inwiefern wird die Bevölkerung in der EU bzw. Österreichs informiert und zu diesem Vorhaben befragt?

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 bis 10:

Die Anfrage bezieht sich auf ein Konzept zur Schaffung eines Neuen Transatlantischen Marktes, das durch die Ergebnisse des EU - USA Gipfeltreffens vom 18. Mai 1998 überholt und nicht mehr Gegenstand der Diskussion ist.

Aktuelles Thema ist gegenwärtig die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft, deren Zielsetzungen bedeutend eingeschränkter sind, und hinsichtlich derer von der Schaffung einer „EU - US - Freihandelszone“ keine Rede mehr sein kann.

Der beiliegende Text der Erklärung des Londoner Gipfeltreffens gibt Aufschluß über die Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft. Österreich begrüßt die in dieser Hinsicht erzielte politische Einigung und wird die Vorbereitungsarbeiten während seiner Präsidentschaft zügig fortführen. Die Umsetzung der Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft wird ein Tagesordnungspunkt auf der Agenda der österreichischen Präsidentschaft sein: Besondere Bedeutung verdienen vor allem die Beseitigung von Handelsbarrieren und die gegenseitige Anerkennung von Zertifizierungsverfahren. Voraussetzung für die weiteren Verhandlungen ist allerdings, daß die europäischen Interessen klar definiert und durch ein weit gehaltenes Verhandlungsmandat abgesichert sind. Die fortgesetzte Entwicklung und Stärkung des multilateralen Handelssystems insbesondere im Rahmen der WTO bleiben prioritär, weshalb der WTO - Kompatibilität einzelner Maßnahmen größte Bedeutung zukommt.

Im übrigen verweise ich auf die Anfragebeantwortungen durch den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten.

Anlage konnte nicht gescannt werden !!